

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 7 vom 27. Juni 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Seraina Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmänn (ab Traktandum 4), Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel und Konrad Hädener
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Hanspeter Aellig, Susanne Gygax, Margrit Schwander, Cloe Weber, Manfred Locher Gemeinderat Peter Siegenthaler
Schluss der Sitzung	20:30 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung vor der Sommerpause. Er gratuliert dem Stadtpräsidenten herzlich zu seinem heutigen Geburtstag und weist weiter darauf hin, dass dieser an der heutigen Sitzung durch ein privates Filmteam begleitet wird.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, gibt eine Fraktionserklärung ab. Der Thuner Stadtrat hat im Vergleich zu anderen Gemeindeparlamenten relativ wenig Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten, weshalb das Postulat eine sehr wichtige Funktion hat. Leider kommt es immer wieder vor, dass in der öffentlichen Kommunikation von Postulaten die Urheberschaft gar nicht oder nur am Rande erwähnt wird. Dies betrifft alle Direktionen und Opfer sind wohl alle Fraktionen. Im konkreten Fall hat wurde vom Gemeinderat versäumt, anlässlich der Unterzeichnung der Charta für Lohnungleichheit zu erwähnen, dass die Stadträtinnen Ali-Oesch und Kropf das Postulat verfasst und eingereicht haben. Der SP-Fraktion sind ähnliche Fälle bekannt und sie findet dies schade, da die Stadträtinnen und Stadträte in ihrer Freizeit arbeiten und neue Ideen entwickeln. Für die Zukunft wünschen sie sich mehr Wertschätzung des Gemeinderates gegenüber ihrem Engagement.

77. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 6. Juni 2019

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

78. Zone für öffentliche Nutzung (ZöN) Nr. 23 Kindergarten Seefeld

Genehmigung Änderung Baureglement, Anhang 2, ZöN Nr. 23 Kindergarten Seefeld

Bericht des Gemeinderates Nr. 21/2019

Der Stadtpräsident weist darauf hin, dass sich der Rat nicht zum ersten Mal mit der Fragestellung zu diesem Kindergarten beschäftigt. Parallel zum letzten Geschäft hat das Amt für Stadtliegenschaften einen Gesamtleistungswettbewerb durchgeführt, der relativ weit fortgeschritten ist. Im vorliegenden Geschäft geht es nun um die Verabschiedung der zonenrechtlichen Grundlage. Im Vorfeld konnten alle Fragen beantwortet werden und er empfiehlt dem Rat die Zustimmung.

Peter Aegerter, **SAKO P+StE**, informiert, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um eine Anpassung der heute geltenden Bestimmungen des Baureglements handelt. Durch den zweistöckigen Bau wird die in der Zone W2 mögliche Gebäudehöhe von zwei Stockwerken plus Attika grundsätzlich reduziert, womit die vorgeschlagenen Änderungen bereits dem neuen Baureglement entsprechen. Die nach alter Ordnung bewilligte Pumpstation wurde bereits zurückgebaut und ist künftig nicht mehr nötig. Die Grundwasserfassung hingegen bleibt bestehen. Die Kommission hat die Aussage, dass ein moderner, energieeffizienter Holzbau in nachhaltiger Bauweise ernsthaft angestrebt werde, wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die auch nach den Einspracheverhandlungen weiter bestehende Einsprache zeigt, dass noch gewisse Ängste bestehen, dass gegenüber dem aktuellen Bestand höher gebaut werden darf. Das ist so, da der ehemalige Kindergartenpavillon eingeschossig war und somit die in der Zone W2 erlaubte Höhe nicht ausnutzte. Die SAKO P+StE unterstützt den Antrag des Gemeinderats einstimmig.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet die geplanten Anpassungen der ZöN nachvollziehbar und zielführend. Obwohl in der heutigen Zone W2 tatsächlich höher gebaut werden könnte, wird das Thema der inneren Verdichtung aufgenommen und zeitnah umgesetzt. Eine Anpassung ist wichtig, da Schulräume höhere Lichtraummasse erfordern als normale Wohnbauten. Weil der SVP-Fraktion der Umgang mit natürlichen Ressourcen wichtig ist, unterstützt sie die Projektidee eines modernen, energieeffizienten Holzbaus in nachhaltiger Bauweise. Der modulare Aufbau mit Potential zur Aufstockung ist logisch und konsequent.

Die restlichen Nutzungen des Grundstücks sind unbestritten. Er hofft, dass auch hinsichtlich der verbleibenden Einsprache eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung gefunden werden und der künftige Kindergarten in einem positiven Umfeld betrieben werden kann. Die Fraktion folgt dem Antrag einstimmig.

Markus van Wijk (FDP) unterstützt das Geschäft und erachtet die Anpassung des Baureglement und die Definition der Zonennutzung als sinnvoll. Die künftige Nutzung ist zwingend auch im Kontext mit der Schule Seefeld zu sehen. Auch die Durchführung eines Gesamtleistungswettbewerbs erachtet die FDP als sinnvoll. Eine möglichst hohe Flexibilität bezüglich der künftigen Nutzung ist unabdingbar. Ob man sich heute schon Gedanken über strategische Schulraumreserven im Stadtzentrum macht, ist Gegenstand vertiefter Überlegungen des neugeschaffenen Koordinationsgremiums Schulbau. Der Stadtrat hat hier die Möglichkeit, günstige Voraussetzungen zu schaffen. Die FDP stimmt der Änderung einstimmig zu.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, erkennt das Bedürfnis und hat freudig zur Kenntnis genommen, dass eine nachhaltige Holzbauweise gewählt wird. Die glp/BDP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, ist froh, dass das Geschäft vorangetrieben wird, und stimmt diesem mit seiner Fraktion einstimmig zu.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist überzeugt, dass sich mit dem verbleibenden Einsprecher bezüglich Gebäudehöhe eine einvernehmliche Lösung finden lässt, da sich der Kindergarten in der Zone W2 befindet und die Aufstockung somit alle Vorschriften erfüllt. Die Gebäudehöhe wird ja nicht ausgenutzt, könnte aber zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden. Die Fraktion EVP+EDU+CVP spricht sich für die dringende Erneuerung der Schulinfrastruktur aus und unterstützt alle Punkte.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für seinen Bericht und Antrag. Die SP-Fraktion wird alle Punkte des Geschäfts annehmen und hofft, dass die Arbeiten nach der Änderung des Baureglements umgehend aufgenommen werden.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstaben b und c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 29. Mai 2019,

beschliesst einstimmig:

1. Genehmigung der Änderung Baureglement, Anhang 2, ZöN Nr. 23 Kindergarten Seefeld.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

79. Umnutzung Wohnhaus Bleichestrasse in einen Kindergarten

Überführung der Liegenschaft Bleichestrasse 6 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung) zum Buchwert von 511'980 Franken. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 279'450 Franken für die wertvermehrenden Massnahmen zur Umnutzung des Wohnhauses in einen Kindergarten

Bericht des Gemeinderates Nr. 19/2019

Adrian Christen, **SAKO B+L**, nimmt erfreut zur Kenntnis, dass wieder mehr Kinder in der Innenstadt wohnen und dass dies beim Amt für Stadtliegenschaften einen gewissen Druck auslöst. Dort war eine gewisse Kreativität gefordert, um ein mehr oder weniger passendes Gebäude zu finden. Obwohl die Aussenfläche nur etwa halb so gross ist wie gewünscht und der Kindergarten, der sich über zwei Stockwerke erstreckt, nicht behindertengerecht ist, liegt dem Rat ein Bauprojekt vor, das für die Kinder sicherlich attraktiv sein wird. Er begrüsst, dass bezüglich Renovation nur das Nötigste vorgesehen ist und die Umbaukosten in einem vernünftigen Rahmen bleiben. Da unklar ist, wie lange man den Kindergarten brauchen wird, ist es positiv, dass man das Gebäude später relativ einfach wieder in ein Wohngebäude umwandeln kann. Der Rat muss sich jedoch darüber im Klaren sein, dass die Immobilie hinsichtlich der energetischen Anforder-

rungen nicht dem gewünschten Zustand entspricht. Die SAKO B+L stimmt der Überführung der Liegenschaft vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, dem Verpflichtungskredit und der Ausführung einstimmig zu.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, freut sich über die Belebung des Zentrums durch Familien. Der gesellschaftliche Trend zeigt, dass Familien mit Kindern länger im urbanen Gebiet wohnen. Deshalb braucht es nun einen bzw. zwei neue Kindergärten, worauf logischerweise auch der Bedarf an Schulraum folgen wird, dessen Bereitstellung frühzeitig angegangen werden muss. Die Schulraumplanung ist ein komplexes Thema, das die Bevölkerung sehr interessiert, was auch die lancierte Initiative zeigt. Die SP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Stadt eine dienliche Liegenschaft erworben hat. Die Allgemeinheit soll über möglichst viel Boden verfügen, da die Stadt auf eigenem Grund flexibler und schneller Projekte umsetzen kann. Die Umnutzung eines Einfamilienhauses in einen Kindergarten ist eine spezielle Herausforderung, weshalb die Begrenzung auf 20 Kinder sinnvoll ist. Die Vorgehensweise bei der Planung des Kindergartens beurteilt Stadträtin Ali-Oesch als vorbildlich, nachdem sie sich bei der Schulraumplanerin der Stadt über Einzelheiten erkundigt hat. So wurde eine Kindergarten-Lehrperson mit grosser Erfahrung beigezogen und es wurden der Fachverband der Kindergarten-Lehrpersonen sowie die Schulleitung konsultiert. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass entsprechende Massnahmen für die Schulwegsicherheit getroffen werden. Sie bedauert, dass das Gebäude aufgrund des Zeitdrucks nicht energetisch saniert werden kann. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Für die SVP-Fraktion ist das Geschäft unbestritten. Das Bedürfnis ist klar gegeben und die Umsetzung ist in finanzieller Hinsicht interessant. Die Variante, ein bestehendes Gebäude aus dem Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen zu überführen und als öffentliche Einrichtung zu verwenden, ist bei diesem Bedarf sinnvoll und hat positive Auswirkungen, auch auf die Gesamtkosten. Diese Möglichkeit zeigt aber auch, dass es in Zukunft wichtig ist, die richtigen und am richtigen Ort stehenden Objekte im Finanzvermögen zu haben, damit diese einerseits als Einnahmequelle und andererseits bei Bedarf überführt und als öffentliche Einrichtung verwendet werden könnten. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Markus van Wijk (FDP) betont, dass es sich bei der Schulraumplanung um eine stetige Herausforderung handelt. Man weiss heute, dass die Zahlen im Kindergarten wieder zunehmen werden – und zwar im Bereich der Innenstadt. Geeignete Lokalitäten in dicht bebautem Gebiet zu finden, ist immer schwierig. Die gefundene Lösung ist zwar keine perfekte, aber eine gute Lösung und garantiert eine rasche Umsetzung. Sollten die Zahlen der Kinder wieder sinken, muss eine Umwandlung in Wohnraum möglich sein. Die Herausforderung, 20 Kindern auf zwei Stockwerken zu unterrichten, sollte umsetzbar sein. Er begrüsst, dass bei der Planung des Umbaus die Expertise durch Pädagogen sichergestellt war. Die FDP unterstützt den Antrag des Gemeinderats einstimmig.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, wünscht sich, dass die Knappheit von Kindergartenplätzen in Zukunft antizipiert wird. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen hat das Amt für Stadtliegenschaften jedoch eine gute Lösung gefunden. Die Fraktion Grüne/JG folgt dem Antrag einstimmig.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, ist froh, dass seitens der Stadt alles unternommen wurde, um ein im Grossen und Ganzen geeignetes Gebäude für den Kindergarten zu finden. Die Kosten, die durch die Umnutzung entstehen, sind zwar relativ hoch, aber dennoch nachvollziehbar. Die glp/BDP-Fraktion stimmt dem Antrag in allen Punkten zu.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet den Bedarf an neuen Kindergärten erfreulich, da er ein Bevölkerungswachstum aufzeigt. Der Bedarf in der Innenstadt zeigt, dass diese besser belebt wird. Der gewählte Standort ist zu befürworten, da Kindergärten in den Quartieren und möglichst nahe bei den Kindern sein sollten. Ein Augenmerk muss auf den Schulweg gelegt werden, da dieser über eine relativ stark befahrene Strasse führt. Das Objekt ist sicher nicht optimal, doch es lässt sich den Anforderungen entsprechend ausrüsten und auch die Umgebung kann man anpassen. Die Investitionen sind gerechtfertigt und beschränken sich auf das Notwendige. Auch wird nichts Irreversibles unternommen, so dass das Haus auch wieder für einen anderen Zweck gebraucht werden könnte. Die Fraktion EVP+EDU+CVP stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 29. Mai 2019,

beschliesst einstimmig:

1. Überführung des Grundstücks Thun Gbbl Nr. 263, Bleichestrasse 6, vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zum Buchwert von 511'980 Franken.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 279'450 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung Verpflichtungskredit Nr. 2210.5040.002 (Bilanz- Konto Nr. 14040.01.01) für die bauliche Umgestaltung der Liegenschaft Bleichestrasse 6 in einen Kindergarten.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

80. Sanierung Camping Bettlereiche (TCS), Thun

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1'010'000 Franken für die Sanierung und Erweiterung der Infrastrukturbauten und Liegenschaften des Campings

Bericht des Gemeinderates Nr. 20/2019

Gemeinderat Konrad Hädener weist den Rat darauf hin, dass Cedric Schoch, Regionalleiter TCS Camping, unter den Gästen weilt.

Adrian Christen, **SAKO B+L**, berichtet, dass der Gemeinderat und die zuständigen Personen aus der Verwaltung das Projekt der SAKO ausführlich vorgestellt haben und Letztere kritische Fragen stellen durfte. Aufgrund der guten Zusammenarbeit mit dem Betreiber TCS hat die Stadt entschieden, das Mietverhältnis weiterzuführen. Der TCS übernimmt den mieterspezifischen Ausbau und hat auch die Kosten für die im Vorfeld durchgeführte Machbarkeitsstudie getragen. Der TCS wird ca. 1 Mio. Franken in den Ausbau der Anlage investieren, während die Stadt die restlichen 3 Mio. Franken übernimmt. Bei 35 Prozent dieser Kosten (ca. 1 Mio. Franken) handelt es sich um neue Ausgaben zu Lasten der Investitionsrechnung. Die SAKO B+L stimmt dem Verpflichtungskredit und der Ausführung einstimmig zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, begrüsst die Tatsache, dass die Stadt Grundeigentümerin dieser Parzelle ist und dies auch bleibt. Die Preise des Campingplatzes sollen auch in Zukunft moderat bleiben, damit Familien und junge Leute weiterhin in Thun campieren können. In diesem Zusammenhang stimmt die SP-Fraktion der Aufhebung der Saisonplätze zu, wodurch mehr Plätze für Touristen zur Verfügung stehen werden. Die öffentliche WC-Anlage mit Dusche und das Restaurant mit Terrasse in Richtung Spielplatz sind ein Gewinn für die ganze Thuner Bevölkerung. Bezüglich Energie würde mehr drin liegen: Ein Campingplatz ist ein Saisonbetrieb und der Energiegewinn für Warmwasser und Elektrizität ist im Sommer besonders gut. Thun könnte sich zum Ziel setzen, den ersten klimaneutralen Campingplatz in der Schweiz oder gar in Europa zu führen. Auch das Label ECOCAMPING wäre zu prüfen – dies würde zum Legislaturziel Energiestadt Gold passen. Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Markus van Wijk (FDP) betont, dass Thun eine moderne Camping-Infrastruktur benötigt. Der TCS ist als Branchen- und Standard-Leader im Bereich Camping ohne Zweifel der geeignete Partner für die Stadt Thun. Die FDP beurteilt das gemeinsame Projekt als ausgewogen, bei dem die Stadt Thun als Grundeigentümerin die Grundinfrastruktur zur Verfügung stellt und der TCS im Gegenzug die mieterspezifische Infrastruktur ausbaut, und teilt die Auffassung, dass das Geschäft den Abschluss der Belegung des ganzen Bonstettengebiets darstellt. Die Langfristigkeit des Mietvertrags gewährleistet Planungssicherheit und ist sinnvoll. Die FDP stimmt dem Geschäft in allen Punkten zu.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, erachtet es als dringend nötig, den Um- und Ausbau voranzutreiben. Mit dem TCS ist ein guter, verlässlicher Partner vor Ort und das soll auch in Zukunft so bleiben. Als grösster Anbieter von Campingplätzen in der Schweiz verfügt der TCS über das nötige Netzwerk, um den Platz gut auszulasten. Mit dem neuem Projekt werden auch andere Teile in diesem Gebiet aufgewertet, so wird es

im Restaurant durch die offenere Gestaltung des Aussenbereichs sicherlich eine grosse optische Aufwertung mit besserer Aussicht geben. Auch die sanitären Anlagen entsprechen nicht mehr heutigen Anforderungen und eine Renovation ist dringend nötig. Er freut sich schon jetzt auf den neu angelegten Campingplatz und folgt mit seiner Fraktion dem Verpflichtungskredit.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Er findet es interessant, wie stark sich die Stadt am Campingbusiness beteiligt. Bei Betrachten der Vorgeschichte ist das jetzige Handeln durchaus verständlich. Faktisch liegt ein Heimfall vor und die Stadt ist insofern praktisch gezwungen, etwas Bestehendes und zum Teil Eigenes in einem guten Zustand zu erhalten. Diese Heimfälle vermitteln jedoch einen fahlen Beigeschmack, da sie Ausgangspunkt für höhere Kosten sind. Im aktuellen Fall haben wir es jedoch mit einem Bedürfnis und einem guten, verlässlichen Partner zu tun. Er geht davon aus, dass sich die Fachleute bei der Abschaffung der Saisonplätze etwas überlegt haben. Falls dies jedoch negative finanzielle Auswirkungen haben sollte, müsste man es überdenken. Bezüglich Finanzierung ist zu kritisieren, dass ein grosser Betrag noch nicht in einem genehmigten Aufgaben- und Finanzplan enthalten ist. Die SVP-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass sich die Investition längerfristig lohnen wird. Mit den bereits umgesetzten Attraktivierungen von Spielplatz und Uferbereich macht das Projekt als attraktives Gesamtpaket durchaus Sinn. Die SVP-Fraktion unterstützt das Geschäft einstimmig.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sieht das Geschäft als logische Folge von vorhergehenden Geschäften, wie z.B. der Attraktivierung des Bonstettenguts. Der Campingplatz ist klein, verfügt jedoch über eine grosse Anziehungskraft. Es ist richtig, die gute Zusammenarbeit mit dem TCS fortzuführen, auch weil dieser den langfristigen Betrieb des Campings garantieren kann. Durch die Ergänzungen (neue WC-Anlage, Restaurant, ganzjähriger Stellplatz für Motorhomes) kann der Wert gesteigert werden. Thun erhält mit dem Umbau einen schönen Campingplatz, der die Auslagen rechtfertigt und Mehreinnahmen aus dem Mietvertrag generiert. Die Fraktion EVP+EDU+CVP stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, findet es einleuchtend, dass die Stadt Thun als Vermieterin etwas unternehmen muss. Die vorliegenden Umbauten sind zu befürworten. Er nimmt Stadtrat Christens Aussage auf, dass sich der sonnige Standort anbieten würde, um aus Sonnenlicht Warmwasser zu gewinnen. In seiner Fraktion war die kontroverseste Frage diejenige des Betreibers. Sie sind der Meinung, dass der heutige Partner sich zwar bewährt hat, man den Blick jedoch etwas weiter hätte schweifen lassen dürfen, um nach jemandem mit einem innovativeren Ansatz zu suchen. Sie hoffen, dass bezüglich Gastro-Angebot etwas Innovatives entsteht, so dass man als Besucher des Bonstettenparks auch Lust hat, sich zu verpflegen. Die Fraktion Grüne/JG stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt dem Rat für die konstruktive Auseinandersetzung. Bezüglich Warmwassergewinnung stimmt er den Stadträten Christen und Weber zu, dass es mit thermischer Solarenergienutzung keine grosse Sache wäre, Warmwasser zu erzeugen. Der Bedarf des Campingplatzes an Warmwasser weist jedoch eine grosse Morgenspitze auf, was eine Backup-Lösung erfordern würde. Es waren folglich etwas spezielle Voraussetzungen, die zu der jetzigen Lösung geführt haben. An Stadtrat Deriaz gerichtet betont er, dass es sich vorliegend nicht um einen klassischen Heimfall handelt, da ein Miet- und kein Baurechtsvertrag abgelöst wird.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 29. Mai 2019,

beschliesst einstimmig:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1'010'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung Verpflichtungskredit Nr. 2240.5040.005 (Bilanz- Konto Nr. 14040.01.01) für die Sanierung und Erweiterung von Infrastrukturbauten im Camping Bettlereiche (TCS).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

81. Motion M 1/2019 (dringlich) betreffend Klimanotstand in der Stadt Thun

Jugendmotion von Linus Dolder (Erstunterzeichner) und Lea Schütz (Zweitunterzeichnerin), Mitglieder der Thuner Klimaschutzbewegung, sowie 90 weiteren Mitunterzeichnenden vom 25. April 2019; dringliche Beantwortung

Der Stadtratspräsident erklärt, dass die Urheberschaft bereits im Vorfeld die Ziffer 2 in ein Postulat umgewandelt hat und der Rat dementsprechend gesondert über die beiden Ziffern befinden wird.

Der Stadtpräsident gratuliert den Jugendlichen zur ersten Jugendmotion. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es eine gute Entwicklung ist, dass dieses demokratische Recht von den Jugendlichen wahrgenommen wird, auch wenn der Gemeinderat inhaltlich nicht mit allen Punkten einverstanden ist. Doch er nimmt die Jugendmotion ernst – und gerade deshalb hat er sich intensiv, aber auch kritisch mit dem Anliegen auseinandergesetzt. Als erster Punkt hat der Gemeinderat festgestellt, dass die Motionsfähigkeit fehlt. Dies hat er mit den Motionärinnen und Motionären besprochen und ihnen die Voraussetzungen erklärt. Er kann nachvollziehen, dass das etwas frustrierend ist, betont jedoch, dass der Gemeinderat an die reglementarischen Grundlagen gebunden ist und die Motionsfähigkeit unabhängig von der Urheberschaft prüft. Ziffer 1 der Motion verlangt, dass der Gemeinderat den Klimanotstand ausruft. In seiner Antwort hat der Gemeinderat darzulegen versucht, weshalb keine Notstandssituation vorliegt. Der Notstand gibt der Exekutive das Recht zum Eingreifen ohne Einhalten gewisser demokratischen Prozesse. Dies kann bei Naturkatastrophen entscheidend und wichtig sein. Vorliegend ist es jedoch noch möglich, unter Einhaltung der demokratischen Abläufe Gegensteuer zu geben. Ein solches demokratisches Recht wurde hier wahrgenommen, und ebensolche demokratischen Rechte werden auch auf Bundesebene wahrgenommen, um Einfluss zu nehmen. Genau das zeigt, dass keine Notstandssituation vorliegt. Er möchte damit der Diskussion im Stadtrat vorgreifen: Der Gemeinderat sagt nicht, es liege kein Problem vor oder das Thema sei unwichtig. Dies zeigen auch die Legislaturziele und die dazugehörigen Massnahmen, von denen zirka die Hälfte einen direkten oder indirekten Bezug zum Klimaschutz aufweist. Der Gemeinderat ist überzeugt, den Tatbeweis erbracht zu haben, dass er das Thema ernst nimmt. Er hat auch zur Kenntnis genommen, dass die Motionärinnen und Motionäre in einer Fussnote erwähnen, dass sie den Notstand nicht in diesem engen Sinne verstehen. Beim Führen eines demokratischen Diskurses muss vermieden werden, dass jeder die Begriffe anders versteht – sonst ist eine Diskussion nicht mehr möglich. Deshalb schlägt er vor, Begriffe nicht individuell je nach Sachlage zu interpretieren. Er betont nochmals, dass keine Notstandssituation vorliegt und dass der Gemeinderat keine mit einer Notstandssituation verbundenen Sonderrechte in Anspruch nehmen möchte. Ziffer 2 der Motion verlangt Klimaneutralität auf dem Stadtgebiet bis 2030. Fachleute kamen zum Schluss, dass dies nicht umsetzbar ist. Dass 2030 zu ambitioniert ist, zeigt sich auch in der Motion der Fraktionen SP und glp/BDP sowie Mitunterzeichnenden, die ein Reglement für Klimaneutralität bis 2050 verlangen. Der Stadtpräsident ist froh, dass die Motionäre Ziffer 2 des heute zu behandelnden Jugendvorstosses in ein Postulat umgewandelt haben. Er schlägt dem Rat die Annahme als Postulat vor.

Lea Schütz (Zweitunterzeichnerin) bedankt sich für die Möglichkeit, ihre Jugendmotion begründen und ihre Anliegen in die Politik tragen zu können. Bei dem Vorstoss geht es um unsere Zukunft, die auf dem Spiel steht. Bei jetzigem Handeln hat auch die junge Generation noch die Chance auf eine lebenswerte Zukunft. Mit «jetzig» meint sie nicht das Ende der Legislatur oder der Amtszeit, sondern heute. Die Jugendlichen haben die Motion eingereicht, weil die globale Katastrophe auch die Stadt Thun betrifft und diese ihren Beitrag für eine lebenswerte Zukunft leisten muss. Sie haben ihr Anliegen schon in den Fraktionen vertreten und danken für diese Möglichkeit. Die Motionärinnen und Motionäre sind Teil einer überparteilichen Bewegung im Rahmen der Schweizer Klimaschutz-Bewegung, die sich seit Dezember 2018 aktiv für einen besseren Klimaschutz einsetzt. Die Motion wurde von den beiden Anwesenden sowie 90 weiteren Jugendlichen aus der Stadt Thun unterzeichnet.

Linus Dolder (Erstunterzeichner) betont, dass die Motion, wie ihr Name schon sagt, etwas bewegen soll. 26'000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum haben die Folgen der Klimaschutzbewegung als fachlich korrekt und äusserst dringlich erklärt – und zwar bis 2030. Deshalb lautet die erste Forderung der Motion, den Klimanotstand auszurufen. Weltweit haben bereits über 300

Städte, Regionen bis hin zu ganzen Staaten den Klimanotstand ausgerufen. Dem Argument des Gemeinderats, der Begriff «Notstand» dürfe nur im engen juristischen Sinn verwendet werden, hält er wie folgt entgegen: Der Begriff «climate emergency» wird international verwendet und ist ein fix definierter, unmissverständlicher Begriff, mit dem auf politischer und gesellschaftlicher Ebene die Dringlichkeit der Klimakrise ausgewiesen werden soll. Der Gemeinderat verweist in seiner Antwort u.a. darauf, dass energiepolitische Vorhaben nicht immer unumstritten sind und dass die Thuner Stimmberechtigten das kantonale Energiegesetz mit 52 Prozent der Stimmen abgelehnt hätten. Solche Entscheide mögen damit zusammenhängen, dass es auf politischer Ebene nach wie vor Strömungen gibt, welche die wissenschaftlichen Fakten immer noch nicht öffentlich anerkannt haben. Dies verhindert eine sachliche und auf wissenschaftlichen Fakten basierende Information der Bevölkerung, ist aber wichtiger Bestandteil des Klimanotstands. Im Falle einer Annahme der Motion erwartet er vom Gemeinderat eine viel intensivere Information der Bevölkerung über die drohende Klimakatastrophe.

Lea Schütz (Zweitunterzeichnerin) berichtet, dass sich einige Städte, wie z.B. Zürich, netto null Treibhausgasemissionen bis 2030 als Ziel gesetzt haben. Im Pariser Klimaabkommen, das auch von der Schweiz unterzeichnet wurde, wird verbindlich von netto null Treibhausgasemissionen bis 2050 gesprochen. Sie betont, dass 2050 ein globales Ziel ist und es nur erreicht werden kann, wenn reiche Industrieländer wie die Schweiz dieses deutlich früher erreichen und als Vorbild vorangehen. Der Begriff der Klimagerechtigkeit bedeutet, dass die Klimakrise nicht auf dem Rücken der Ärmern und auf Kosten kommender Generationen ausgetragen werden darf. Dafür braucht es eine Politik, welche das heute entschlossen in Angriff nimmt.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass man sehr wohl heute den Klimanotstand ausrufen kann und sogar muss. Es geht dabei nicht um einen Notstand im formell juristischen Sinn. Die SP-Fraktion nimmt Ziffer 1 als Motion an. Es ist ihnen sehr wohl klar, dass es einer gesetzlichen Grundlage auf Bundes- und Kantonsebene bedarf, um auf Gemeindeebene aktiv zu werden. Aus der Antwort ist jedoch nicht ersichtlich, was man bis jetzt überhaupt tun könnte, um als Stadt Thun bis 2030 CO₂-neutral unterwegs zu sein. Einfach zu sagen, es sei unrealistisch, ohne auch nur einen einzigen machbaren Schritt vorzustellen, ist fragwürdig – vor allem, weil auch schon Legislaturziele verabschiedet wurden, die klimafreundlich sein sollen. Es ist eine gute Sache, dass man versucht, im Rahmen eines Postulats die Klimaneutralität zu prüfen. Die SP-Fraktion hofft auf baldige Resultate und nimmt Ziffer 2 als Postulat an.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, dankt der Klimajugend für ihr Engagement für dieses ungemein wichtige Thema. Seine Fraktion ist mit Stellungnahme, Haltung und Vorgehen des Gemeinderats in Zusammenhang mit diesem Jugendvorstoss nicht annähernd zufrieden. Bei Vorbemerkung 2 zu den Legislaturzielen steht, rund die Hälfte aller Ziele und Massnahmen hätten einen direkten oder indirekten Bezug zum Klimaschutz. Nachdem er diese Aussage gelesen hatte, studierte er die Legislaturziele wiederholt und kam zum Schluss, dass es sehr viel Fantasie erfordert, um diese Aussage nachzuvollziehen. In der Aussage zum Postulat betreffend Klimaschutz werden Massnahmen aufgeführt, die einen direkten oder indirekten Bezug zum Klimaschutz aufweisen sollen. Man kann sich darüber streiten, ob man die aufgelisteten Massnahmen als Antworten anerkennen will. Selbst wenn man die Auflistung so stehen lässt, zählt man 15 der 40 Massnahmen – rund ein Drittel und keineswegs die Hälfte. Bei Veröffentlichung der Legislaturziele wird euphorisch betont, wie stark man sich an einer nachhaltigen Entwicklung orientiert habe. Er findet es bedenklich, wenn einerseits Texte und Botschaften und andererseits Beschlüsse und Massnahmen zunehmend auseinandergehen und bittet den Gemeinderat, in Zukunft auf solche Aussagen zu verzichten. Zu Ziffer 1 wird in der Antwort des Gemeinderats viel über den Begriff Notstand gesagt und darauf hingewiesen, dass eine «unmittelbare Bedrohung» gefordert sei. Das Wort «unmittelbar» hat mehrere Bedeutungen, wobei der Gemeinderat «zeitlich unmittelbar» meint. Veränderungen im Klima finden jedoch über längere Zeitperioden statt. Rein zeitlich findet also nicht unmittelbar eine Klimakatastrophe statt – diese geschieht über mehrere Jahrzehnte. «Unmittelbar» heisst aber auch «direkt, geradewegs»: Wir befinden uns derzeit auf einem Entwicklungsweg, der unmittelbar, im Sinne von «direkt, geradewegs», sehr wohl in eine Klimakatastrophe mündet. Die Unmittelbarkeit ist deshalb zu bejahen und es ist sehr wichtig, heute zu handeln. Es ist zutiefst bedauernswert und bedenklich, dass der Gemeinderat den Klimanotstand nicht erklären will – ohne juristische Konsequenzen, aber als starke Meinungsbekundung zugunsten einer lebenswerten Zukunft. Dass schon vorab gesagt wird, der Gemeinderat würde bei einer Annahme der Motion nichts weiter unternehmen, stösst ihm sauer auf. Er hofft sehr, dass sich im Stadtrat eine Mehrheit für die Annahme dieses Vorstosses findet. Zu Ziffer 2 sagt der Gemeinderat, die Zielsetzung gehe wesentlich über die Erfordernisse

des Klimaübereinkommens von Paris hinaus. Dem widerspricht Stadtrat Barben – es würde nicht die Erfordernisse übersteigen, sondern wäre vielmehr eine verfrühte Zielerreichung. Der Gemeinderat sagt, es brauche vertiefte rechtliche Abklärungen zur Abschätzung, was wie umgesetzt werden könne. Das kantonale Energiegesetz sagt dazu in Artikel 13, die Gemeinde könne für das Gemeindegebiet oder Teile davon energietechnische Verpflichtungen erlassen, um die Verwendung von erneuerbaren Energien voranzutreiben. Dies lässt vermuten, dass die Stadt Thun über die nötigen Kompetenzen verfügt. Die Aussage, die Emissionsbilanz über das ganze Stadtgebiet sei eine schwierige Aufgabe, ist korrekt. Leider ist die Aussage allein nicht sehr zielführend, da sie auf CO₂-Bilanzen allgemein zutrifft. Es gibt für Emissionsbilanzen Fachleute und eine erarbeitete Methodik – die Berechnung ist folglich eine Herausforderung, aber keine Unmöglichkeit. Stadtrat Barben kritisiert den Umgang mit der Jugend, die den Vorstoss eingereicht hat. Die Antwort des Gemeinderats kommt sehr schulmeisterlich daher und zählt ausführlich auf, was alles schon getan wurde. Er findet es stossend, dass Gemeinderat anfänglich den Antrag auf Ablehnung beider Ziffern der Motion gestellt hat. Er hätte sich gewünscht, dass den Jugendlichen anders begegnet worden wäre, zumal eines der Legislaturziele die Beteiligung aller Generationen und das gesellschaftliche Miteinander stärken soll. Der Umgang mit Jugendlichen kann auch anders gehen: Er erwähnt als positives Beispiel den Berner Stadtpräsidenten Alec von Graffenried, der anlässlich der Ausrufung des Klimanotstands der Stadt Bern der Klimajugend versicherte, der ganze Gemeinderat stehe auf ihrer Seite. Er nimmt auf die Aussage des Gemeinderats im Stadtratsbericht Nr. 2018/19 Bezug, wo dieser betont, die Stadt wolle in jenen Bereichen, die mit Treibhausgasemissionen massgeblich zur Klimaveränderung beitragen, eine Vorbildfunktion einnehmen. Er sieht eine Diskrepanz zwischen diesem Vorsatz und der Haltung des Gemeinderats. Die Fraktion Grüne/JG nimmt Ziffer 1 als Motion und Ziffer 2 als Postulat an.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, freut sich, wenn sich die Jugend auch auf städtischer Ebene engagiert, und lobt den Mut der Motionäre. Sie lobt auch die Bereitschaft des Gemeinderats, Ziffer 2 als Postulat zur Annahme zu empfehlen. Ihr Verständnis bezüglich Klimanotstand ist es, dass im Falle einer Annahme der Stadtrat den Klimanotstand ausrufen würde. Es ist wichtig, mit dem Ausrufen des Klimanotstands die Zeichen der Zeit zu erkennen und einen Weckruf in die Bevölkerung zu senden. Als Juristin hat sie kein Problem damit, die Begriffe «Notstand» und «Klimanotstand» voneinander abzugrenzen. Letzterer ist nicht im juristischen Sinn zu verstehen; es geht um die Sensibilisierung, so dass alle Beteiligten im Rahmen ihrer Kompetenzen an den nötigen Lösungen mitarbeiten können. Bezüglich netto null 2030 ist zu sagen, dass die Stadt Thun bereits einige Massnahmen umgesetzt hat, wie die Aufhebung von Parkplätzen. In Zukunft braucht es mehr und der Stadtrat wird angehalten sein, künftig vermehrt darauf zu achten und den Klimaschutz vertieft in seine Überlegungen zu integrieren. Es ist eine klare Bitte in Richtung Gemeinderat, dass er sich künftig den Klimaschutz auf die Fahne schreibt, aber auch an die Klimajugend, aktiv konkrete Vorschläge und Massnahmen vorzubringen. Die glp/BDP-Fraktion folgt den Anträgen der Motionäre einstimmig.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) dankt dem Gemeinderat für die treffende Beurteilung und Beantwortung mit Augenmass. Auch sie begrüsst es ausserordentlich, wenn Jugendliche politisch aktiv werden und ihre Mittel und Möglichkeiten nutzen. Der Begriff «Notstand» stört sie und sie stimmt dem Stadtpräsidenten zu – man soll ihn nicht nach Gutdünken einsetzen können. Die FDP hat es vor 30 Jahren verpasst, den Umweltgedanken weiterzuspinnen. Anstatt dass sich die umweltnahen Parteien nun über das Umdenken der FDP freuen, wird der FDP vorgeworfen, wieder auf den Zug aufspringen zu wollen. Am vergangenen Samstag haben in Zürich 400 FDP-Parteidelegierte an einem grossen Klimagipfel teilgenommen und haben dort zahlreiche Massnahmen verabschiedet, um dem Klima zu helfen. Lenkungsabgaben kann sich die FDP vorstellen, Verbote hingegen nicht. Sie steht hinter dem Pariser Klimaabkommen – die Treibgasemissionen müssen bis ins 2030 gegenüber 1990 halbiert werden – und setzt ein klares Zeichen für die Umwelt ohne den Klimanotstand, da Forderungen auf kommunaler Stufe für sie nicht zielführend sind. Als Beispiel nennt sie den Flughafen Bern-Belp, der als Folge der Ausrufung des Klimanotstands die Unterstützung durch die Stadt Bern verliert. Dies ist eine erste negative Auswirkung und die Stadt Bern wird nach der Aufhebung der TGV-Linie noch mehr ins Abseits driften. Es braucht Ansätze und Anreize auf nationaler und internationaler Ebene. Es ist fraglich, wie viel es bringt, wenn die Stadt Thun den Klimanotstand ausruft. Die FDP ist der Meinung, dass mit den verabschiedeten Legislaturzielen bereits vieles vorgesehen ist, und lehnt beide Ziffern ab.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, freut sich, dass sich junge Menschen vermehrt aktiv in die Politik einmischen. Die EVP gehört zu den ältesten Klimaparteien und setzt sich seit 100 Jahren für

Natur und Umwelt ein. Auch ihnen geht es zu wenig schnell voran. Verzicht und Veränderung kosten. Mit dem Inhalt der Motion tat sich die Fraktion nicht schwer, jedoch mit der Form. Jedoch war für sie nicht der Begriff «Klimanotstand» die Herausforderung, auch wenn sie lieber von «Klimamissstand» sprechen würden, sondern etwas zu überweisen, das nicht motionsfähig ist. Juristische und sprachliche Elemente sollten hierbei nicht im Vordergrund stehen, da es von einer viel zu wichtigen Sache ablenkt. Der Gemeinderat hätte seine Prioritäten durchaus auch so setzen können. Den zweiten Punkt als Postulat zu sehen, ist zielführend. Auch seine Fraktion will konkrete Schritte und dazu ein sauberes Monitoring, wie sie anlässlich der Besprechung der Legislaturziele klar gewünscht hat. Aus diesen Gründen setzen sie sich für das Postulat ein – als Zeichen, dass sie die Lage kritisch einschätzen. Bei einer Annahme der Motion (Ziffer 1), entsteht laut Gemeinderat ein ungültiger Beschluss des Stadtrats und – so könnte man daraus folgen – wohl auch wenig Veränderung. Die Fraktion EVP+EDU+CVP muntert dazu auf, konkrete Vorschläge mit messbaren Grössen einzubringen, um über den Einsatz von Ressourcen für den Klimaschutz zu diskutieren.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist nicht erstaunt darüber, wie die Diskussion verläuft. Auch wenn die Motionäre in einer Fussnote anmerken, der Begriff «Klimanotstand» sei nicht im juristischen Sinn zu verstehen, hat sich der Gemeinderat bei der Behandlung eines Vorstosses trotzdem an die schriftlich formulierten Forderungen zu halten. Interpretationen und Auslegungen nach Lust und Laune sind schlicht nicht möglich und er ist geneigt, von offensichtlichem Begriffsmissbrauch zu sprechen. Dies umso mehr, als die Jugendmotionäre bei der Einreichung von der Stadtkanzlei auf die Unterschiede zwischen einer Motion und einem Postulat hingewiesen wurden. Es wurde jedoch bewusst die Form einer Motion gewählt. Die Erklärung der Motionäre, dass die Begriffe «Notstand» und «Motion» vor allem auf der kommunikativen und emotionalen Ebene Wirkung erzielen sollen, unterstreicht seine Aussage. Für die SVP-Fraktion ist die Antwort des Gemeinderats zu Ziffer 1 stimmig und sie sind nicht bereit, die öffentliche Ausrufung eines unsinnigen Klimanotstands für die Stadt Thun mitzutragen. Viel mehr unterstützen sie den Gemeinderat bei der Erreichung der Legislaturziele und der dazugehörigen Massnahmen. Die Forderungen zu Ziffer 2 sind nicht stufengerecht, da auf kommunaler Ebene Verfassungs- und Gesetzesrecht übergangen werden soll. Das Beispiel der Autobahn zeigt deutlich auf, dass Klimaneutralität kaum in zehn Jahren erreicht werden kann. Autobahn und Klima sind nicht an Gemeindegrenzen gebunden. Mit der Wandlung der Ziffer 2 werden die Forderungen nicht verbessert. Vielmehr fragt sich die SVP-Fraktion, ob diejenigen, die das Postulat unterstützen, sich bewusst sind, dass sie am 16. Mai 2019 einen Vorstoss von den Fraktionen SP und glp/BDP sowie Mitunterzeichnenden eingereicht haben mit Ziel, dass Thun bis 2050 klimaneutral wird. Nun gibt es Stadträte, die plötzlich statt 2050 bereits 2030 klimaneutral werden wollen. Als Gemeinderat wüsste er nicht mehr, welchen Auftrag er umsetzen soll, und als Stimmbürger würde er die Glaubwürdigkeit der Politiker anzweifeln. Bezüglich Umsetzbarkeit der beantragten Zielsetzungen stützt sich der Gemeinderat bei seiner Antwort auf die Stellungnahme der Fachstelle Umwelt, Energie und Mobilität der Stadt Thun, die Teil der Direktion FiRU ist und somit Gemeinderätin Andrea de Meuron unterstellt ist. Sie gehen davon aus, dass die Fachstelle professionelle Arbeit leistet. Genau diese Professionalität und Kompetenz wird von den Befürwortern der Vorstösse in Frage gestellt. Die SVP-Fraktion staunt auch darüber, wie auf eidgenössischer und kantonaler Ebene Klimavorstösse wie z.B. zur Waldwirtschaft und Windenergie ablehnt werden. Ein gutes Beispiel, wie dem Klimawandel entgegengehalten werden könnte, sind Wasserstofftankstellen, die auf privater Basis entwickelt wurden. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass der Gemeinderat die Klimaproblematik längst anerkannt hat, was auch das Geschäft Kindergarten Seefeld mit der geplanten nachhaltigen Bauweise zeigt. Auch der SVP Thun ist das Klima wichtig, doch sie setzt sich nicht für kaum realisierbare Massnahmen ein. Unsere Probleme sind primär über Innovation und Forschung zu lösen, nicht über Verbote und Überregulierungen. Die SVP-Fraktion gratuliert den Jugendlichen für ihren Mut, ihre Anliegen in den Fraktionen zu vertreten, folgt aber dennoch dem grundsätzlichen Antrag des Gemeinderats und lehnt beide Ziffern ab.

Philipp Deriaz (SVP) beschäftigt es, dass der Stadtrat – vermutlich mit einer knappen Mehrheit – einen Vorstoss annehmen will, dessen Ziffer 1 nicht motionsfähig ist und zu dessen Ziffer 2 wissenschaftliche Experten sagen, es sei nicht möglich. Das ist aus seiner Sicht nicht seriöse Arbeit und er fragt sich, was sich der Rat davon verspricht. Er appelliert daran, selber etwas zu unternehmen im Klimabereich. Es gibt zahlreiche Beispiele, gerade Deutschland ist sehr erfolgreich in der Senkung der Treibhausgasemissionen. Seine Familie hat seit 30 Jahren eine Solaranlage auf dem Dach und seine Tochter hat in der Schule ein CO₂-neutrales Sandwich gemacht. Man muss dabei jedoch unbedingt konsequent sein, das Brot nicht beim Grossverteiler kaufen, wo das Mehl aus Osteuropa kommt und das Doppelte vom Verbrauch produziert

wird. Man muss dann jedoch auch bereit sein, etwas dafür zu zahlen. Schlussendlich braucht es einen guten Mix von allem. Alles, was vorgeschlagen wird, ist gut, doch im Gesamtmix sind auch bewährte Sachen gut. Er appelliert daran, zu hinterfragen und bereit zu sein, Kompromisse einzugehen. Es ist nicht nur kein Notstand, sondern nicht mal Handlungsbedarf gegeben. In den Legislaturzielen ist vieles drin, was auch die Zusammensetzung des Gemeinderats widerspiegelt. Stadtrat Deriaz kann mit beiden Entscheidungen leben, da beide nichts wert sind.

Franz Schori (SP) ist erstaunt über gewisse Äusserungen und darüber, dass die SVP-Fraktion an der heutigen Sitzung nichts über die Klimalüge erzählt. Vor allem jedoch ist er über die vereinzelt mangelhafte Zitierfähigkeit erstaunt. Er erinnert daran, dass beim erwähnten Vorstoss vom 16. Mai 2019 «bis spätestens 2050» steht, worunter durchaus auch 2030 fällt. Er freut sich über das starke politische Zeichen, das der Rat heute setzen wird.

Till Weber (Grüne) hat in der Schule zwar nicht gelernt, wie man klimaneutrale Sandwiches macht, dafür hat er gelernt, dass man Zitate nicht aus dem Kontext reissen darf. Deshalb würde ihn interessieren, zu welchem Schluss die Fachstelle kam und was ihre Aussage war.

Nicole Krenger (glp) entgegnet an Stadtrat Deriaz gerichtet, dass es sich bei Ziffer 2 nun um ein Postulat handelt, da die Urheberschaft dieses gewandelt hat. Bei Ziffer 1 handelt es sich um ein politisches Zeichen, bei dem man dafür oder dagegen sein kann. Sie bittet alle im Raum, Ruhe zu bewahren.

Eveline Salzmann (SVP) hat erstens Mühe mit dem Vorwurf, das Klima sei ihr egal, wenn sie den Klimanotstand nicht ausrufen wolle. Dem ist nicht so – dem Gemeinderat und ihrer Fraktion sind das Klima wichtig. Zweitens hat sie auch Mühe mit der Aussage, dass man die Jugend nur dann schätze und anerkenne, wenn man alles annehme, was sie fordere. Wertschätzung bedeutet für sie, ehrlich zu sein – und nicht zu sagen, 2030 lasse sich dann schon irgendwie einrichten und man könne innerhalb kurzer Zeit klimaneutral werden. Es wurde geprüft und festgestellt, dass 2030 nicht möglich ist. Das bedeutet nicht, dass die SVP-Fraktion der Meinung ist, man müsse nichts unternehmen. Die Legislaturziele beinhalten entsprechende Massnahmen und man muss schauen, was man mit Innovation und konkreten Vorstössen machen kann.

Der Stadtpräsident ist persönlich nicht vollständig befriedigt von der Diskussion und hat zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat auch den Stadtrat nicht vollständig mit seiner Argumentation befriedigen konnte. Er betont, dass das Thema für den Gemeinderat wichtig ist und er es im Rahmen der Legislaturziele behandeln möchte. Er möchte nicht den Eindruck erwecken, dass der Gemeinderat aufgrund seiner kritischen Beurteilung nichts unternehmen will. Auch wehrt er sich gegen den Vorwurf der Geringschätzung. Er dankt Stadtrat Barben dafür, dass er wenigstens einen positiven Punkt genannt hat. Er hat jedoch vergessen zu erwähnen, dass der Berner Gemeinderat eine Motion zur Klimaneutralität 2030 abgelehnt hat. Der Stadtpräsident bittet darum, der Fairness halber auch vollständig zu informieren, wenn man dem Gemeinderat fehlende Vollständigkeit vorwirft. Auf die Frage von Stadtrat Weber bezüglich Aussage der Fachstelle weist er auf deren Fazit hin, das in Anführungszeichen aufgeführt ist. Die Verwaltung ist für die fachliche Beurteilung zuständig und der Gemeinderat macht sich anschliessend im Lichte dieser fachlichen Beurteilung politische Überlegungen. Weiter betont er, dass in einem demokratischen Prozess nicht alle die gleiche Rolle haben, was sich hier gut zeigt. Es ist normal, dass Jugendliche Forderungen haben, die aus Sicht der Älteren etwas übers Ziel hinaus schießen. Damit kann er sehr gut umgehen. Es soll dem Gemeinderat aber kein Vorwurf gemacht werden, wenn er diese Forderungen nicht 1:1 übernimmt, nachdem er festgehalten hat, dass das Thema für ihn auch wichtig ist. Er schliesst sich dem Votum von Stadträtin Salzmann an, dass es sich eben gerade nicht um eine Geringschätzung handelt, wenn sich der Gemeinderat intensiv mit dem Begehren der Jugendlichen auseinandersetzt und begründet, weshalb er der Auffassung ist, dass manche Forderungen nicht umgesetzt werden können. Der Gemeinderat hat den Eindruck, er sei den Jugendlichen auf Augenhöhe begegnet und hätte auch Unterstützung geboten. Es zeugt von Ernsthaftigkeit und einer kritischen Auseinandersetzung, wenn er inhaltlich nicht vorbehaltlos einverstanden ist. Der Stadtrat hat als Legislative die Kompetenz, entgegen dem Antrag des Gemeinderats und entgegen der reglementarischen Grundlagen zu entscheiden. Der Gemeinderat als ausführende Behörde ist nach seinem Selbstverständnis jedoch an die demokratischen Prinzipien und an die Rechtsordnung gebunden. Er möchte gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch berechenbar und vertrauenswürdig sein. Dazu gehört es, sich keine unrealistischen Ziele zu setzen. Bei einer Zielsetzung will der Gemeinderat

eine realistische Chance sehen, diese Ziele auch zu erreichen, ansonsten verliert er das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Eine Annahme von Ziffer 1 ist nicht nötig, damit der Gemeinderat tätig wird, und er wird auch im Falle einer Annahme keine Sonderrechte für sich beanspruchen. Er weist an Linus Dolder gerichtet darauf hin, dass entsprechend der Ziffer 1 in den Legislaturzielen bereits Massnahme 23 zu Legislaturziel 7 verabschiedet wurde, weil der Gemeinderat auch der Meinung ist, dass dies eine wichtige Thematik ist. Zur Nachhaltigkeit betont er, dass es sich dabei nicht nur um die ökologische Nachhaltigkeit handelt, sondern auch die Dimensionen Wirtschaft und Gesellschaft zu berücksichtigen sind. Die Verantwortung des Gemeinderats ist es, dem Stadtrat mehrheitsfähige Vorschläge vorzulegen. Er ist überzeugt, dass Massnahmen scheitern, wenn sie nicht über eine gewisse Ausgewogenheit verfügen und nicht wirtschafts- und sozialverträglich sind. Dies kann dazu führen, dass am Schluss keine Massnahmen vorliegen. Der Gemeinderat möchte die Mehrheitsfähigkeit anstreben und mahnt zu einer gewissen Ausgewogenheit und der Berücksichtigung der Wirtschafts- und Sozialverträglichkeit. Er betont nochmals, dass die Richtung des Vorstosses nicht bestritten ist und der Gemeinderat auch bei Ablehnung von Ziffer 1 aktiv werden wird, indem er den tauglichen und realistischen Weg einschlägt, den er aufgezeigt hat.

Linus Dolder (Erstunterzeichner) betont, dass der Notstand auf die informative Ebene abzielt, die zum kollektiven Umdenken absolut nötig ist. Die Motionärinnen und Motionäre wünschen sich keine besondere Behandlung aufgrund ihres Alters. Mehrheitsfähigkeit ist für ihn keine gute Argumentationsgrundlage. Er ist überzeugt davon, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die 26'000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ernst nehmen, fähig sind, über die Legislaturperiode hinaus und an zukünftige Generationen zu denken und den Begriff «Klimanotstand» im aktuellen Kontext betrachten können. Die Gefahr ist gross, dass die Stimmbürger zuerst an ihr eigenes Portemonnaie und ihren Lebensstil denken. Dass dies nicht mehr haltbar ist, ist allgemein bekannt. Der Stadtrat kann hier und heute etwas dafür tun, dass auch die künftigen Generationen noch eine lebenswerte Lebensgrundlage haben werden.

Stadtratsbeschluss

1. **Der Rat** erklärt Ziffer 1 als Motion mit 20 : 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen als erheblich.
2. **Der Rat** erklärt Ziffer 2 als Postulat mit 23 : 12 Stimmen als erheblich.

82. Postulat P 4/2019 betreffend Klimaschutz

Fraktionen Grüne/JG, SP, glp/BDP und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019; Beantwortung

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Die Diskussion zum Jugendvorstoss zeigt, welche Fraktionen und Gruppierungen bezüglich Klimaschutz vorwärts machen wollen und welche die Zerstörung ihrer Umwelt in Kauf nehmen. Die Position des Gemeinderats zum Klimaschutz ist für seine Fraktion nicht klar ersichtlich. In der Antwort zum vorliegenden Postulat findet man den bemerkenswerten Satz, das Klimaabkommen von Paris binde Staaten, habe aber keine direkten Auswirkungen auf Gemeinden. Diese Aussage deutet an, die Klimakrise habe auf niemanden ausser den Bund Auswirkungen und dieser solle das Problem bitte lösen. Er verweist auf die Erklärung zur Klimapolitik im Grossen Rat vom 3. Juni 2019, in der dieser unter Punkt 6 an die Gemeinden appelliert, ihr Mögliches zu tun und verstärkte Anstrengungen zum Klimaschutz zu unternehmen. Im Grossen Rat war nur eine Fraktion dagegen, der Thuner Stadtpräsident enthielt sich seiner Stimme. Die Tatsache, dass das Wort «Klima» in den Legislaturzielen trotz entsprechenden Vorstössen nur in einem Satz vorkommt, zeigt, wie wenig der vorliegende Vorstoss bewirkt hat.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist konsterniert, dass sie nur offene Türen einrennen, ohne dass ein spürbarer Luftzug entsteht. Er stellt fest, dass sich alle sehr nahe sind bei der Beurteilung und bei der Diskussion dieses Themas gleichermassen schwitzen, wie in anderen Jahren auch – nur dass das Schwitzen immer intensiver wird. Er stellt fest, dass nie die richtige Saison zu sein scheint, um etwas zu unternehmen. Seine Fraktion hat die Massnahmen zu den Legislaturzielen zur Kenntnis genommen, hätte sich jedoch konkretere Massnahmen gewünscht, die auch im Handlungsspielraum der Stadt liegen. Vor 100 Jahren fand der Generalstreik statt, bei dem Utopisten Forderungen wie das Frauenstimmrecht gestellt haben, die trotzdem irgendwann erfüllt wurden. Utopien sind die Zukunft von morgen und die Realität von übermorgen. Nach den Legislaturzielen ist immer auch vor den Legislaturzielen. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass der

Klimaschutz auch in vier Jahren ein wichtiges Thema sein wird, und empfiehlt die Annahme und Nichtabschreibung des Vorstosses, damit sich der Gemeinderat auch rechtzeitig für die nächste Legislaturperiode mit diesen Themen befassen kann.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist erstaunt über den Ablauf dieses Postulats, das bereits geprüft und umgesetzt wurde, ohne dass der Stadtrat es als erheblich erklären konnte. Der Gemeinderat hat in den verabschiedeten Legislaturzielen die Forderung, einen Beitrag zu den Klimazielen zu leisten, verschiedentlich integriert. Der Stadtrat kann nun regelmässig eine Berichterstattung in den SAKOs über die genannten Legislaturziele und dazugehörige Massnahmen einfordern. Sie ist gespannt, wann die Massnahme 24 zur Überarbeitung und Umsetzung der Gebäudestrategie realisiert wird. Die Fraktion EVP+EDU+CVP nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) hält fest, dass die Postulanten die Absicht hatten, die Ideen und Inputs zum Klima noch in die verabschiedeten Legislaturziele einzubringen. Sie stimmt dem Gemeinderat zu, dass in den Legislaturzielen 6, 7 und 11 das Klima sehr wohl berücksichtigt wurde. Die FDP stimmt dem Postulat zu und schreibt es gleichzeitig ab.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, stellt fest, dass das Postulat zu spät kommt, um auf die Legislaturziele Einfluss zu nehmen. Die Unterstellung von Stadtrat Rosenberg gegenüber seiner Fraktion, nur weil sie nicht gleicher Meinung sind, empfindet er als unhaltbar. Dies entspricht nicht der Kultur in diesem Rat. Inhaltlich ist die SVP-Fraktion mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden, nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Der Stadtpräsident hält fest, dass das Postulat zu einem Zeitpunkt eingereicht wurde, als der Prozess der Legislaturziele schon zu weit fortgeschritten war. Der Gemeinderat hat bereits dargelegt, welche Ziele und Massnahmen aus seiner Optik einen Bezug zum Klima haben. An der letzten Sitzung wurde über die Legislaturziele debattiert und der Rat konnte sich dazu äussern. Jetzt, an der Folgesitzung, kommt man und sagt, da sei das Meiste verkehrt und nicht gut. Das findet er persönlich ein etwas spezieller Ablauf. Der Gemeinderat glaubt, dass die Legislaturziele ausgewogen sind und dass es richtig ist, einen Vorstoss, der sich auf bereits verabschiedete Legislaturziele bezieht, anzunehmen, aber auch abzuschreiben. Er betont, dass wir am Anfang einer Legislatur stehen, was sich z.B. an der Anzahl Vorstösse zeigt, aber auch am Klima im Rat. Bisher war das Klima gut und es war Wertschätzung gegenüber den verschiedenen Funktionen vorhanden. Er weiss nicht, wie zuversichtlich er sein soll, dass dieses Klima auch künftig so gut bleibt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 20 : 8 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab.

83. Postulat P 2/2019 betreffend aufsuchende Jugendarbeit und Jugendpolizei

Alice Kropf (SP), Reto Kestenholz (Grüne), Reto Vannini (BDP), Jonas Baumann (EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2019; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, hält fest, dass praktisch alle Inputs zur Verbesserung der Angebote für Jugendliche aus dem Stadtrat gekommen sind, angefangen bei «Midnight», über die UNICEF-Auszeichnung als «kinderfreundliche Gemeinde» bis hin zur Erarbeitung eines Jugendleitbilds. Sie wird den Eindruck nicht ganz los, dass für den Gemeinderat der Stellenwert von Jugendlichen nicht so hoch ist – dies schlägt sich auch in seinem Antrag auf Abschreibung dieses Postulats nieder. Die Jugendarbeit hat sich in den letzten zehn Jahren in anderen, z.T. kleineren Gemeinden bewährt und etabliert. Ihr ist kein einziges Beispiel bekannt, wo dies nicht der Fall wäre – im Gegenteil: Die Tendenz weist auf Aufbau aufgrund der positiven Erfahrungen mit aufsuchender Jugendarbeit hin. Thun hat diesbezüglich einen riesigen Aufholbedarf. Rückfragen bei Lehrpersonen haben ergeben, dass das Problem von Jugendlichen, die auf dem Schulareal unerwünschtes Verhalten an den Tag legen, permanent und ungelöst ist. Lehrpersonen fühlen sich allein gelassen und es fehlen ihnen nachhaltige Lösungen. Die ins Leben gerufene Arbeitsgruppe ist ein guter Ansatz, insbesondere, weil eine Fachperson beigezogen wurde. Das Problem an dem Vorgehen ist, dass es als Lösungsansatz betrachtet wird und dass einmal mehr über die Köpfe der betroffenen Jugendlichen

hinweg informiert wird. Sie werden nicht involviert und können sich nicht an der Lösungsfindung beteiligen. Nur die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen ist der richtige Weg. Die Jugendlichen, welche Probleme verursachen, dürfen nicht aufgegeben werden. Sie werden uns als Gesellschaft viel kosten, wenn sie auf die schiefe Bahn geraten und die gesellschaftliche Integration nicht gelingt. Deshalb zahlt sich eine intelligente Prävention auch finanziell aus. Das Postulat verlangt nicht, dass die Jugendarbeit das gleiche Ausmass wie in Basel annimmt – sie stellt sich zwei Stellen à je 60 bis 80 Prozent vor. Bei der aufsuchenden Jugendarbeit geht es nicht nur um die Arbeit mit Jugendlichen, die sich problematisch verhalten, sondern bietet allen Jugendlichen eine sinnvolle, kreative Freizeitgestaltung an. Bei Ziffer 2 war die Meinung, dass anstelle der regulären Polizei neu auf Jugendliche spezialisierte Polizistinnen und Polizisten an den Brennpunkten auf Patrouille gehen, um eine Vertrauensbasis mit den Jugendlichen aufbauen zu können. Auch die Jugendpolizei hat sich an anderen Orten sehr bewährt und zu guten Resultaten geführt. Die SP-Fraktion stellt den Antrag auf Annahme und Nichtabschreibung.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, sieht die Idee des Vorstosses darin, Jugendliche bei Bedarf etwas mehr zu unterstützen. Die Antwort des Gemeinderats zeigt, dass dieser das Problem von auffälligen Jugendlichen kennt, er aber der Meinung ist, dass die nötigen Strukturen vorhanden seien und Thun zu klein sei für eine eigentliche Jugendarbeit oder -polizei. Daher liest sich die Antwort des Gemeinderats sehr optimistisch. In Thun sind weder eine Szene noch eigentliche Gangs oder Cliques vorhanden – und wenn, dann nur im ganz kleinen Rahmen. Man stellt jedoch auch fest, dass die Arbeit mit schwierigen Jugendlichen im Lerchenfeld relativ gut funktioniert. Seiner Fraktion ist ein Brief an den Kanton bekannt, in dem die Schulen den Kanton um Hilfestellungen im Umgang mit schwierigen Jugendlichen ersuchen. Daher stellt sich die Frage, ob die funktionierende Jugendarbeit im Lerchenfeld auf andere Quartiere ausgedehnt werden könnte. Weiter stellt sich die Frage, wie es sein kann, dass die Wahrnehmung der Schulleitungen im südlichen Teil der Stadt anders ist als vom Gemeinderat beschrieben. Der Stadtpräsident sagte, manchmal schiesse man mit einem Vorstoss auch über ein Ziel hinaus. Dies ist der Fall mit der Forderung nach einer Jugendpolizei, auf die seine Fraktion verzichten möchte. Sie haben grosses Vertrauen in die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten der Stadt Thun. Ziffer 1 des Vorstosses möchte die glp/BDP-Fraktion jedoch gerne weiterdenken und schlägt deshalb vor, den Vorstoss in diesem Punkt nicht abzuschreiben und stattdessen zu warten, bis die Ergebnisse vorliegen. Die glp/BDP-Fraktion nimmt die den Vorstoss an und schreibt ihn nicht ab.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, schliesst sich seinen Vorrednern an. Die Antwort zum Postulat erweckt den Eindruck, Thun sei nicht prädestiniert für aufsuchende Jugendarbeit und ähnliche präventive Massnahmen und zu klein, um neue, spezialisierte Stellen zu schaffen und Hilfe und Unterstützung von Vertrauens- und Ansprechpersonen anzubieten – aber gleichzeitig zu gross, um allfällige Unruhestifterinnen und Unruhestifter mit persönlichen, unaufgeregten Gesprächen zur Vernunft zu führen. Auch wenn an verschiedenen Orten gute Arbeit geleistet wird, kann eine gewisse Altersgruppe mit den aktuellen Instrumenten und Angeboten nicht erreicht werden, bevor dann allfälligen Interessenskonflikten oder Gesetzesüberschreitungen mit repressiven Mitteln begegnet wird. Es liegen zu wenig Beispiele vor, wo wirklich versucht wird, auf nicht mehr schulpflichtige Jugendliche einzugehen. Es fehlt nicht an Angeboten im Sport- und Kulturbereich, aber diejenige, die solche Angebote nicht suchen, dürfen nicht im Stich gelassen werden. Er fragt sich, wieso diese Skepsis gegenüber aufsuchender Jugendarbeit als moderne, bewährte Methode besteht. Die Fraktion Grüne/JG will Ziffer 1 des Postulats nicht abschreiben, da mehr drin liegt – vielleicht durch die Optimierung bestehender Ressourcen. Falls es einmal um zusätzliche Investitionen gehen würde, würden sie diese Gelder lieber in die Prävention als in die Repression investieren. Wie viel eine Jugendpolizei zur nachhaltigen Prävention von jugendlichem Leichtsinn beitragen könnte, ist umstritten. Es interessiert seine Fraktion, welche konkreten Handlungen die in der Antwort des Gemeinderats genannten, aufgewendeten Stunden verursacht haben. Er bittet den Gemeinderat um eine kurze Erläuterung, wie die Zusammenarbeit mit der Jugendpolizei aussehen könnte und wie weitere Ansätze allenfalls weiterverfolgt werden könnten. Ob eine Jugendpolizei – also speziell ausgebildetes Personal – in den bestehenden Strukturen der Kantonspolizei möglich ist, wäre interessant zu wissen. Diesbezüglich und zu Erfahrungen andernorts war in der Antwort des Gemeinderats nichts zu lesen. Es ist zu hoffen, dass die Polizei grundsätzlich Fähigkeiten mitbringt, um mit verhaltensauffälligen Jugendlichen verständnisvoll umzugehen und wenn nötig deeskalierend zu wirken. Die Fraktion Grüne/JG schreibt Ziffer 2 teilweise ab.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, lehnt das Postulat in beiden Punkten ab. Es handelt sich zwar um einen Prüfauftrag, die Postulanten wünschen aber konkret die Einführung einer aufsuchenden Jugendarbeit und die Einführung der Jugendpolizei. Die Antwort des Gemeinderats ist absolut schlüssig und nachvollziehbar und es ist ersichtlich, dass die Stadt insbesondere im Bereich der Prävention schon sehr viel unternimmt. Die Einführung einer weiteren Fachstelle ist daher nicht angezeigt und ihre Fraktion kann kein Bedürfnis für weitere Anlaufstellen erkennen. Sie glauben Einschätzung der Fachpersonen und der Mitarbeitenden im Bereich der Jugendarbeit, deren Meinung man ernst nehmen sollte. Man darf nicht vergessen, dass sich wohl 97 bis 98 Prozent der Jugendlichen in Thun korrekt und unauffällig verhalten. Die wenigen anderen sind bereits bekannt und es wird genügend für sie unternommen. Leider wird es immer eine kleine Gruppe nicht therapierbarer Jugendlicher geben, denen man auch mit der Schaffung einer weiteren Fachstelle nicht helfen kann. Der Vergleich mit Basel ist nicht massgebend, da Basel erstens eine Grossstadt ist und es dort vermutlich mehr Jugendliche gibt, die nicht auf dem richtigen Weg sind. Die Einführung einer weiteren Fachstelle würde im Übrigen zu erheblichen Mehrkosten führen. Die SVP-Fraktion lehnt aus diesen Gründen eine zusätzliche, mobile Jugendarbeit ab. Bezüglich Jugendpolizei ist der Gemeinderat der falsche Adressat, da es sich bei der Polizei um eine kantonale Aufgabe handelt. Die Zusammenarbeit der Kantonspolizei mit den Verantwortlichen der Jugendarbeit in Thun funktioniert sehr gut und hat sich bewährt. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, stellt fest, dass es bezüglich der Situation mit Jugendlichen unterschiedliche Wahrnehmungen gibt. Auch mit etwas weniger Dramatik und Polarisierung, als der Gemeinderat sie an den Tag legt, ist seine Fraktion der Meinung, dass es genügend Gründe gibt, im Umfeld von Jugendlichen mehr zu investieren. Dies kann durch eine bessere Koordination des Hilfsangebots oder durch die Schliessung von allfälligen Lücken erreicht werden. Es reicht nicht, punktuell in einzelnen Quartieren aktiv zu sein, sondern braucht einen ganzheitlichen Blick, da diese Systeme sehr dynamisch sind. Sie wünschen sich, dass die bevorstehenden Generationenablösungen auch dazu genutzt werden, wieder verstärkt an die Jugendlichen heran zu kommen. Die Arbeitsgruppe geht sicher in die richtige Richtung, man müsste aber andere Personen beiziehen. So ist in Thun die Kirche sehr aktiv in der Jugendarbeit. Die Vernetzung mit der Psychiatrie, mit Fach- und Beratungsstellen sowie mit der Polizei führt zu einer besseren Wahrnehmung und entsprechend einer zeitnahen Reaktion auf diese Problematik. Eine spontane Idee könnte sein, das Ganze etwas regionaler anzugehen und eine Vernetzung mit umliegenden Gemeinden anzustreben. Er selbst arbeitet schon lange mit Jugendlichen aus diesem Umfeld und sieht sehr viel Potential, auch einen vernünftigen Beitrag zur Volkswirtschaft zu leisten. Die Fraktion EVP+EDU+CVP ist mit der Beantwortung von Ziffer 2 zufrieden und schreibt diesen ab. Die erste Ziffer bedarf einer deutlich konkreteren Prüfung, weshalb sie diesen nicht abschreibt.

Markus van Wijk (FDP) stimmt dem Gemeinderat zu, dass es um zwei verschiedene Themenbereiche geht, die aber schlussendlich etwas Ähnliches bewirken wollen. Leider muss auch er dem Gemeinderat sagen, dass es sich insbesondere für die Oberstufen-Schulleitungen um ein durchaus ungelöstes Problem handelt und dass eine Sitzung einer Vereinigung von verschiedenen Spezialisten noch keine Arbeitsgruppe darstellt, die eine smarte Lösung präsentiert. Die zwar nicht permanent, aber immer wieder auftretenden Vorfälle führen zu einer Belastung des Systems – nicht nur im Lerchenfeld, sondern auch die sogenannte «04-Gang» im Dürrenast, die aus Schulpflichtigen, aber auch 18- bis 20-Jährigen besteht. Er hat vor Kurzem erlebt, dass Schüler ihren Lehrpersonen im Vertrauen mitteilen, dass ihnen diese Gangs Angst machen. Aus seiner Sicht ist das Problem deshalb durchaus akut. Für eine pragmatische Lösung des Problems ist eine intensivere Zusammenarbeit der Jugendarbeit mit der Kantonspolizei nötig. Wichtig ist, auf erkannte Tendenzen präventiv und später allenfalls repressiv zu reagieren. Eine wichtige Rolle kommt jedoch auch den Eltern zu, die ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. In gewissen Quartieren bleiben bereits beim Eintritts- und Informationsanlass im Kindergarten die Hälfte aller Eltern dem Infoanlass unentschuldigt fern. Da ist fraglich, wie diese Eltern später ihre Verantwortung übernehmen wollen. In dieser Problematik ist der gesamte Rat gefordert, es gilt «hinschauen und handeln». Die FDP nimmt Ziffer 1 an, ohne sie abzuschreiben. Zimmer 2 nimmt sie an und schreibt sie gleichzeitig ab.

Reto Kestenholz (Grüne) betont, dass es im Vorstoss um einen Versuch geht, der im verlangten Ausmass noch nicht praktiziert wurde. Deshalb ist es problematisch zu behaupten, man brauche dies nicht. Allgemein kann festgestellt werden, dass es die Polizei nur wegen eines ganz kleinen Bruchteils der Bevölkerung braucht. Dies verursacht in anderen Bereichen extreme Kosten, die wohl weniger effizient sind als die

Jugendarbeit. Mit Jugendarbeit kann man Menschen in einem frühen Lebensabschnitt erreichen, was sehr positive Auswirkungen haben kann.

Gemeinderat Roman Gimmel dankt Stadträtin Kropf für die drei Beispiele «Midnight», UNICEF-Auszeichnung als «kinderfreundliche Gemeinde» sowie das Jugendleitbild, die zeigen, wie gut die Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive bisher funktioniert hat. Nach diesen drei Beispielen stört ihn der Trugschluss, dass wegen diesen drei guten Inputs aus der Legislative der Exekutive die Jugend zu wenig ein Anliegen ist. Er fügt als persönliche Bemerkung an, dass ihm als Vater von drei Jugendlichen die Jugend sehr wichtig ist. Ausserdem war er Lehrer von der Primarstufe aufwärts bis zur Gewerbeschule, wo er an der heutigen «Vorlehre 25 plus» engagiert war und Pionierarbeit auf dem Platz Thun leistete und versuchte, die Quote der Berufsabschlüsse auf der Sek II Stufe gegen 100 Prozent anzuheben. Aus den viereinhalb Jahren Knochenarbeit mit diesem Publikum muss er jedoch den persönlichen Schluss ziehen, dass es angebotsresistente Leute gibt und man die 100 Prozent nie erreichen wird. Er stimmt Stadtrat Vannini zu, dass nicht nur das Lerchenfeld betroffen ist. Der von Stadtrat Vannini genannte Brief an den Kanton war ausserordentlich, doch die Reaktion war sehr schnell und es fand innerhalb von 14 Tagen eine erste Sitzung der Arbeitsgruppe statt. Diese wurde nun zurück in die Verwaltung verlagert und er betont, dass man dort dran ist. Bei der Jugendarbeit gibt es – egal, wie man vorgeht – weder einen Anfang noch ein Ende. Die Vorstellung, man sei dann einmal fertig, ist ein Trugschluss, denn Jugendarbeit ist eine Daueraufgabe. Auf die Frage von Stadtrat Kestenholz nach den konkreten Handlungen verweist er auf eine nötige Abklärung im Falle einer Überweisung des Postulats, welche Handlungen bereits angegangen wurden. Die von Stadtrat Baumann-Fuchs angeregte Vernetzung und Zusammenarbeit ist im Umkehrschluss die Frage, weshalb die Stadt Thun allein unterwegs ist. Dem ist nicht so, eine regionale Vernetzung liegt längst vor. Als Beispiel führt er die Mündigkeits- und Jungbürgerfeier an. Gemeinderat Roman Gimmel wehrt sich gegen den Eindruck, den man aus den Voten und Gesprächen im Rat den Eindruck erhalten könnte, in Thun gebe es noch nichts. Die Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) sieht als Zielgruppe der offenen Jugendarbeit sechs- bis 20-jährige Kinder und Jugendliche vor. Finanziert werden die lastenausgleichsberechtigten Aufwände mit einem Beitrag für Kinder und Jugendliche in einem Alter von null bis 19 Jahren. Die Ressourcen für die offene Kinder- und Jugendarbeit sind begrenzt und heute schon voll ausgeschöpft. Die Mittel daraus werden in drei Altersstufen eingesetzt (0-9 Jahre, 10-15 Jahre und 16-20 Jahre). Mehr als 70 Prozent aller Aufwendungen der offenen in Kinder- und Jugendarbeit sind Personalkosten, was bedeutet, dass durchwegs alle Angebote personalintensiv sind. Zusätzliche Aufgaben müssen ausserhalb des ASIV von der Stadt Thun selber finanziert werden, auch die Schulsozialarbeit, an der sich der Kanton nur zu zehn Prozent beteiligt. Unsere Personen mit auffälligem Verhalten sind der Polizei bekannt, ausserdem kann Thun nicht mit Zürich, Basel oder Bern verglichen werden. Der Gemeinderat hat den Eindruck, dass wir in Thun (noch) keine hochdefizitäre Umgebung haben. Soziale Kontrolle ist durch das vielfältige Angebot gegeben und es gibt zahlreiche Vereine, Kirchen etc. Die Verwaltung und der Gemeinderat kommen zum Schluss, dass die Stadt Thun über ein gutes präventives Netz verfügt. Schliesslich geht es um die Frage, ob Stadtrat und Gemeinderat zusätzliche Mittel bereitstellen. Falls ja, wird der Gemeinderat die entsprechende Organisation inklusive Personal, Arbeitsplätze und Betriebskosten auf die Beine stellen. Im Falle einer Ablehnung wird die Stadt den bisher beschrittenen, authentischen, pragmatischen und bestens bewährten Weg weitergehen. Im August werden im Rahmen des Budgets 2020 innerhalb der gesamten städtischen Verwaltung dort Stellen geschaffen, wo sie bitter nötig sind. Im Spätherbst wird der Stadtrat bei der Genehmigung des Budgets auch wieder die Gelegenheit haben, hinzuschauen und herauszufinden, ob die eben erwähnten Stellenprozente auch bitter nötig sind. Gemeinderat Roman Gimmel hofft, dass der Stadtrat der Empfehlung des Gemeinderats folgt.

Alice Kropf (SP) ist sicher, dass sich die aufsuchende Jugendarbeit in Thun bewähren würde. Sie stimmt Gemeinderat Roman Gimmel zu, dass nicht immer alle Jugendlichen erreicht werden können. Das wäre wohl auch bei der aufsuchenden Jugendarbeit so, doch deren Vorteil ist, dass es die niederschwelligste Art und Weise ist, auf diese Leute zuzugehen. Es würde sich für uns als Gesellschaft und auch finanziell bereits lohnen, wenn pro Jahr eine Person davon abgehalten werden könnte, auf die schiefe Bahn zu geraten. Das Angebot der Stadt Thun für Kinder bis 18 Jahre ist sehr zu loben, doch dann beginnt es aufzuhören, mit den Ausnahmen Mokka und AKuT, mit denen die Stadt abgesehen vom finanziellen Beitrag nicht viel zu tun hat. Das, was die Stadt in diesem Bereich effektiv selbst tut, ist zu wenig, weshalb die finanziellen Mittel zur gegebenen Zeit unbedingt gesprochen werden müssen. Unter dem Strich wird sich dies lohnen.

Stadtratsbeschluss

1. **Der Rat** erklärt die Ziffer 1 des Postulats mit 24 : 10 Stimmen als erheblich und schreibt sie mit 24 : 10 Stimmen nicht ab.
2. **Der Rat** erklärt Ziffer 2 des Postulats mit 24 : 10 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 21 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

84. Interpellation I 6/2019 betreffend die Zukunft der Wohnbaugenossenschaften

EVP+EDU+CVP-Fraktion, glp/BDP-Fraktion vom 14. Februar 2019; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt dem Gemeinderat für seine Antwort. Daraus wird ersichtlich, dass man zwar auf dem Weg, aber nicht am Ziel ist. Der Experte Christian Portmann sagte anlässlich seines Besuchs der SAKO P+StE, es fände ein Paradigmenwechsel statt. Das umschreibt diesen Prozess, der Schritt um Schritt vollzogen werden muss. Das Problem ist die mangelnde Differenzierung, u.a. bezüglich Alter und Wohnraumangebot. Sowohl der Stadtpräsident als auch Christian Portmann haben in der SAKO mit viel Gewicht darauf verwiesen, dass kein Klassenkampf entstehen soll. Es kann jedoch genauso gefährlich sein, wenn man die kritischen Themen verdrängt, weil ein Klassenkampf dann erst recht stattfindet. Die Interpellanten möchten, dass der Steuerfranken optimal eingesetzt wird. Wenn die Stadt Baurechtszinse in Zukunft so tief ansetzt, dann muss sie auf der anderen Seite dadurch auch konkrete Ziele erreichen können und Anforderungen stellen. Es geht ihnen nicht darum, ob Mittel eingesetzt werden, sondern dass diejenigen Menschen unterstützt werden, die das nötig haben. Bei einer Massnahme muss deren Wirksamkeit nachgewiesen und stetig optimiert werden. Es gehört heute zu jeder Gemeinnützigkeit dazu, diese Wirksamkeit nachweisen zu können. Diese Aufgabe gilt es anzupacken, um diesen Klassenkampf nachhaltig zu vermeiden.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, konnte sich dank der Bearbeitung in der Kommission davon überzeugen, dass der Gemeinderat mit der Einbindung der Wohnbaugenossenschaften in die Wohnraumstrategie 2030 auf richtigem Weg ist. Mit der Bildung der Anlaufstelle haben die Wohnbaugenossenschaften professionelles Knowhow zur Seite, was für sie einen grossen Mehrwert darstellt und dabei helfen kann, Skepsis abzubauen. Die Stadt wird beweisen müssen, dass sie gegenüber den Wohnbaugenossenschaften als Partner auftritt, sie kann aber auch helfen, dass man bei der Planung der Wohnbaugenossenschaften über den Tellerrand hinaus schaut, um möglichst ganzheitlich die richtigen Massnahmen zu ergreifen. Die SVP-Fraktion ist gespannt auf die Resultate des Pilotprojekts zur kooperativen Planung. Der Gemeinderat ist aus Sicht der SVP-Fraktion auf dem richtigen Weg und sie schauen den weiteren Entwicklungen entgegen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, würdigt die geleistete Arbeit der Stadt. Eine Innenentwicklung in Bezug auf Wohnbaugenossenschaften ist nur möglich, wenn diese mitmachen. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt auf die Wohnbaugenossenschaften zugeht und den Dialog sucht. Mit der Wohnbaucharta hat die Stadt eine wichtige Basis für die Zusammenarbeit geschaffen. Die Anlaufstelle hilft den Wohnbaugenossenschaften, auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Die SP-Fraktion hofft, dass der Anteil an gemeinnützigem Wohnbau in den kommenden Jahren wieder gesteigert werden kann. Eine lebendige Stadt braucht Wohnungen für alle, eine Durchmischung ist wichtig. Es gibt zahlreiche erfolgreiche Beispiele aus anderen Städten und Stadtrat Christen hofft, dass dies auch in Thun umgesetzt werden kann.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, begrüsst die Stossrichtung aus den Antworten des Gemeinderats. So ist es sinnvoll, die Transparenz über die finanzielle Situation der Wohnbaugenossenschaften etwas zu erhöhen, da eine Vertrauensbasis immer beide Seiten braucht. Die Charta ist gute Basis. Ziel ist sicher, dass möglichst viele mitmachen, aber dennoch sollte nicht allzu grosser Druck aufgebaut werden. Die Anlaufstelle ist ein sehr guter Ansatz, da man nicht nur fordern, sondern auch Unterstützung bieten sollte. Eine Stärkung des Miteinanders ist in aller Sinne und eine gesamthafte, zielgerichtete Planung nützt allen Beteiligten.

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, ist der Meinung, dass Frage 4 eine Zielsetzung zur Stärkung der Wohnbaugenossenschaften enthält. Der Anteil an Wohnbaugenossenschaften ist in letzten Jahren gesunken, da nichts gebaut wurde. Deshalb sollte diesem Ziel der Stärkung in der Wohnbaustrategie ein besonderes Augenmerk verliehen werden. Bei Frage 6 ist das Wort «gemeinnützig» zu betonen. Die Stadt sollte in allen Gebieten gemeinnützigen Wohnungsbau stärken, da es sich dabei um eine Grundaufgabe der Stadt handelt.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, regt an, die Präsentation, welche die Mitglieder der SAKO P+StE erhalten haben, dem gesamten Rat zur Verfügung zu stellen, da sie einige für ihn neue Punkte enthält. Man darf es nicht beim Politisieren belassen, sondern muss abklären, was Wohnbaugenossenschaften selbst leisten können und was von politischer Seite unternommen werden kann, damit das Modell Wohnbaugenossenschaften erfolgreich bleibt.

85. Interpellation I 4/2019 betreffend wie hoch sind die Folgekosten der Wegteerung in der Kohlerenschlucht

Till Weber (Grüne), Adrian Christen (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Januar 2019; Beantwortung

Till Weber (Grüne) ist befriedigt und verlangt keine Diskussion.

86. Fragestunde 12/2019 betreffend Grossratsmotion «Bessere Verkehrsführung von der rechten Thunerseeseite durch die Stadt Thun» (Vorstoss-Nr.: 144-2019)

Die Frage F 12/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

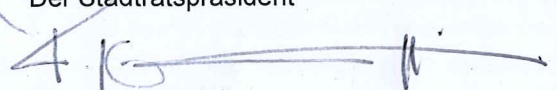
Mitteilungen

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, informiert über die Gründe, weshalb das Postulat P 7/2019 «Sexismus und sexuelle Gewalt: Nicht in meinem Parlament!» zurückgezogen wird. Die Absicht des Postulats bestand darin, auf das Problem des Sexismus aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren. Der Wortlaut war jedoch irreführend, was nicht ihre Absicht war. Sie betont, dass der SP-Fraktion keine Vorfälle von sexueller Gewalt in diesem Parlament bekannt sind. Aufgrund der Rückmeldung und um die gute Zusammenarbeit im Parlament nicht zu gefährden, entschied sich die SP-Fraktion für den Rückzug.

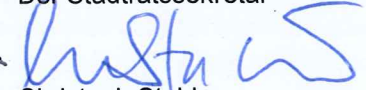
Eingänge

- P 14/2019 Postulat betreffend Umstellung auf klimaneutralen öffentlichen Verkehr; Fraktionen Grüne/JG, SP und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019
- P 15/2019 Postulat: Senkung der Polizeikosten dank dem dialogorientierten Ansatz im Management von Fussballfans; Alice Kropf (SP), Till Weber (Grüne) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019
- P 16/2019 Postulat: Geschlechtergerechte Vertretungen in gemeindenahen Unternehmen; Alice Kropf (SP), Michelle Marbach (Grüne), Daniela Huber Notter (BDP), Nicole Krenger (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019
- P 17/2019 Postulat: Schaffung einer Fachstelle für Gleichstellung und Diversity Management; Alice Kropf (SP), Michelle Marbach (Grüne) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019
- I 14/2019 Interpellation: Entwicklungsschwerpunkt ESP Bahnhof Thun; SP-Fraktion vom 27. Juni 2019

Der Stadtratspräsident


Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder